

Politikverdrossenheit??

Liebe Mitglieder und Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,

wohl nahm unser BN-Landesvorstandsmitglied Günter Witzsch, Professor für Staatsrecht aus Fürth, kürzlich als Beobachter an der Weltklimakonferenz auf Bali teil. Und er musste sich danach die Frage stellen, wie die Bremser und Blockierer zum Umdenken gebracht werden können. Letztlich sieht er „wenig Anlass für Optimismus“.



Auf der anderen Seite stellt unser BN-Chef Prof. Hubert Weiger „im Bewusstsein breiter Bevölkerungsschichten ein Umdenken“ fest und er zählt erstaunliche Erfolge in Bayern auf. Es bewegt sich tatsächlich doch etwas – und das Schlagwort Politikverdrossenheit scheint mir eher eine bequeme Ausrede zu sein, um vermeintlich nichts ändern zu müssen, um so weiterzumachen wie bisher.

Ich meine, selbst die anstehenden Kommunalwahlen bieten Chancen, auf den Umgang mit unseren begrenzten Ressourcen einzuwirken. Nutzen wir doch unser demokratisches Recht des Wählens! Wählen wir diejenigen Kandidatinnen und Kandidaten, für die Natur- und Umweltschutz nicht Lippenbekenntnisse sind, an die man sich nach der Wahl nicht zu erinnern braucht. Auch bei den Kommunalwahlen in Bayern werden Weichen gestellt – sogar solche, die auf die Weltpolitik Einfluss haben können. Wählen wir Kandidaten, für die ein Mehr an Straßen, an Energie- und sonstigem Ressourcenverbrauch nicht immer ein Fortschritt zu sein braucht.

Fragen wir uns, welche Personen und Parteien/Gruppierungen wirklich bereit sind, einzutreten für eine Minimierung des Energieverbrauchs, für Wasserschutz, für den öffentlichen Personennahverkehr, gegen überzogene Bauprojekte, für den Schutz wertvoller Flächen, für die finanzielle Förderung von Natur- und Umweltschutz. Dass auch in Deutschland der Lebensstandard sinkt, hören wir nicht gerne, ist aber leider Tatsache. Doch übersehen wir nicht: Lebensstandard ist nicht unbedingt gleich Lebensqualität!

Mischen wir uns ein, gehen wir zur Wahl!

Es grüßt Sie

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Hubert Weiger". The signature is written in a cursive, somewhat stylized script.

Kopfweidenpflege bei Weidelbach

Die Frostperiode im Januar war ideal für eine spezielle Form der Biotoppflege, nämlich den Rückschnitt von Kopfweiden. Beim Dinkelsbühler Ortsteil Weidelbach haben wir selbst sowie ein privater Naturfreund vor zehn Jahren ein über 5 Hektar großes, zusammenhängendes Feuchtgebiet erworben. Begrenzt wird es von einem „aufgesattelten“ Mühlbach mit dem größten zusammenhängenden Bestand an „Kopfweiden“ im südlichen Landkreis. Die meisten davon sind schon weit über 100 Jahre alt. Sie wurden einstmals in Kombination mit Erlen und Eschen bevorzugt an solchen Mühlbächen gepflanzt, um mit ihrem Wurzelwerk auf natürliche Weise die Ufer zu befestigen. Die Austriebe der Silberweiden wurden seit alters her alle etwa 15 Jahre in Kopfhöhe abgesägt und als Brennholz genutzt. Dadurch entstand die charakteristische „Kopfform“, die ökologisch äußerst wertvoll ist: In den Wucherungen bei den Neuaustrieben bilden sich im Lauf der Jahre Höhlen und Totholzbereiche, die von vielen Vogelarten wie z. B. Gartenrotschwanz, Steinkauz und verschiedenen Meisen als Brut- und Nahrungsraum genutzt werden. Auch Säugetiere wie z. B. Siebenschläfer und Iltis finden dort Unterschlupf. Die ausgeprägten Totholz- und Mulmbereiche haben lebenswichtige Bedeutung für viele Insektenarten, z. B. totholzbewohnende Käfer. Zudem verlängert die Nutzung als „Kopfweide“ das Baumleben ungemein. Während die schnellwachsenden Baumweiden selten älter als 60 Jahre werden, führt die Verjüngung oberhalb des „Kopfes“ dazu, dass die Strünke bis zu 150 alt werden können – mit entsprechendem Höhlen- und Totholzanteil.

Um den Biotoptyp „Kopfweiden“ zu erhalten, führte unser Mitarbeiter Herbert Wöffling zusammen mit zwei Praktikanten an etwa 50 Weiden mit teilweise 40jährigen Austrieben die anstrengende und auch gefährliche Motorsägearbeit durch. Mit der Seilwinde wurden die Stämme über den Graben gezogen und dort aufgearbeitet. Das Holz wird als Scheitholz bzw. Hack- schnitzel komplett energetisch verwertet. Im Frühjahr werden die „Kahlköpfe“ neu austreiben, in etwa 20 Jahren ist wieder ein Pflegeschnitt fällig.

Helmut Altreuther

Mehr Belastung statt Entlastung durch „Entlastungsstraße“ in Rothenburg

Die von der Stadt Rothenburg, den Gemeinden Gebstattel und Neusitz sowie von der Kreistagsmehrheit geforderte Entlastungsstraße für Rothenburg würde im nördlichen Abschnitt von der Würzburger Straße bis zur Ansbacher Straße und mit einer Südspange von der Ansbacher bis zur Gebstattler Straße verlaufen. Weiterverfolgt wird nun zunächst die Südspange, die ein neues Gewerbegebiet südlich der Ansbacher Straße an die Autobahn anbinden soll.

Flächenverbrauch und Lärmbelastung

Die Ausweisung dieses Gewerbegebietes südlich der Ansbacher Straße ist aus Sicht der Ortsgruppe vom Flächenverbrauch her vertretbar, wenn im Gegenzug bisher nicht genutztes und unattraktives Gewerbegebiet an der Erlbacher Straße zurückgenommen wird. Zur Anbindung des Gewerbegebietes und der Betriebe an der Erlbacher Straße erscheint der Flächenverbrauch für den Straßenabschnitt zwischen Erlbacher und Ansbacher Straße vertretbar. Ein zusätzlicher Flächenverbrauch für weitere Straßenabschnitte ist aber durch die Verkehrssituation in Rothenburg nicht gerechtfertigt.

Ein Gutachten im Auftrag der Stadt Rothenburg hat ergeben, dass der Anteil des Durchgangsverkehrs nur 7,4% beträgt. Der Ziel- und Quellverkehr verursacht 50,6% und der Binnenverkehr 42% des Verkehrsaufkommens. Der Großteil des Verkehrs ist also hausgemacht und auf die Stadt gerichtet. Die Verkehrsverhältnisse sind auch zu den Hauptverkehrszeiten nicht problematisch. Es kommt nicht zu großen Wartezeiten oder gar Staus an den Ampeln.

Die vorgeschlagenen Straßenspangen der sog. Entlastungsstraße würden die Lärmbelastung vermehren und verteilen, aber nicht vermindern!

Selbst durch die Verwirklichung der gesamten Straße von der Würzburger im Norden bis zu Gebstattler Straße im Süden käme es nicht zu einer spürbaren Lärmentlastung im Zentrum. Für andere Stadtbereiche kämen sogar deutliche Lärmbelastungen hinzu. So für die bisher ruhige Schweinsdorfer Straße, die als Zubringer fungieren würde und für die Wohngebiete am östlichen Stadtrand. Für eine spürbare Lärmentlastung im Stadtzentrum müsste der Verkehr mindestens um die Hälfte verringert werden, dies würde aber nicht erreicht.

Wenn der Straßenneubau im südlichen Teil durch das Igelsbachtal bis zur Straße nach Gebstattel verwirklicht würde, wären die Bewohner der Bleiche und des Gebstattler Siedlungsgebietes vom Lärm betroffen. Ökologisch wertvolle Bereiche im Tal des Igelsbachs bzw. am Bahndamm würden zerstört oder beeinträchtigt, Biotope gingen verloren.

Variante der Straßenführung im Süden

Die jetzt neu von der Stadtverwaltung vorgeschlagene Variante für den Süd-

abschnitt der Entlastungsstraße von der Ansbacher über die Erlbacher bis zur Nördlinger Straße würde zum Teil auf bereits vorhandenen Straßen verlaufen und weniger Fläche neu in Anspruch nehmen als die Trassenführung von der Erlbacher zur Gebstatter Straße. Auch die Auswirkungen auf Natur und Landschaft wären geringer, da die ökologisch wertvollen Bereiche im Tal des Igelsbachs nicht berührt würden. Zudem würden die Bleiche und das Gebstatter Siedlungsgebiet nicht durch den Straßenlärm betroffen. Aus diesen Gründen ist diese Variante deutlich günstiger zu beurteilen als die vorgeschlagene Trasse von der Ansbacher bis zur Gebstatter Straße. Nachteilig wäre ihr Verlauf dicht am Gymnasium. Dennoch halten wir in der Summe die Verbindung zwischen Erlbacher und Nördlinger Straße unter Berücksichtigung des Verkehrsaufkommen für nicht notwendig.

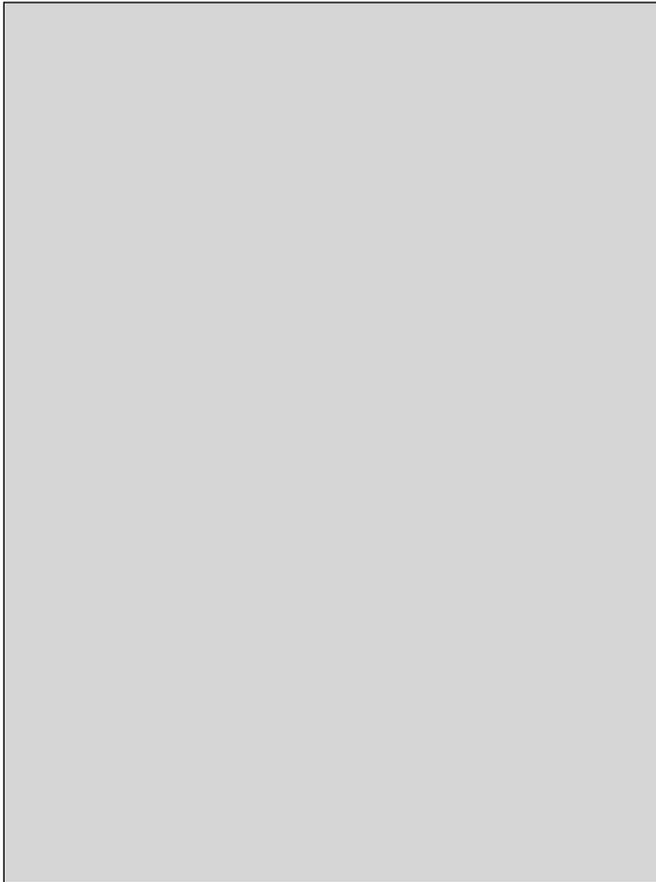
Finanzen

Das Staatliche Bauamt geht in einer groben Kostenschätzung von 5,7 Mio. Euro für die Baumaßnahme aus. Darin ist aber nur der Knotenpunkt in der Ansbacher Straße enthalten. Weitere Knotenpunkte sowie eine Bahnüberführung kämen hinzu, außerdem der Ausbau der Schweinsdorfer Straße. Dieser wäre, ebenso wie die Planungskosten, nicht zuschussfähig. Der Abschnitt Ansbacher/ Erlbacher Straße ist für sich genommen ebenfalls nicht zuschussfähig. Der Abschnitt von der Erlbacher Straße bis zur Straße nach Gebstatter würde den Südteil zwar zuschussfähig machen, dabei ist aber zu bedenken, dass dieser Abschnitt durch schwieriges Gelände führt und damit teuer ist! Erst genauere Kostenermittlungen würden zeigen wie hoch die Kostenbelastung mit Zuschuss für die Verbindung Ansbacher Straße bis zur Gebstatter Straße oder auch bis zur Nördlinger Straße im Vergleich zur Kostenbelastung durch die Verbindung Ansbacher Straße bis zur Erlbacher Straße ohne Zuschuss ist. Die Gewährung eines Zuschusses darf jedoch kein Kriterium für die Entscheidung für eine Straßenbaumaßnahme sein!

Sabine Flierl, OG Rothenburg

Klima- CD

Das Energiereferat des BN- Landesverbandes hat eine Klima- CD erstellt, von der wir eine größere Stückzahl geordert haben. Hier sind eine riesige Menge Fakten, bis hin zu Powerpoint- Vorträgen, übersichtlich aufbereitet enthalten und stellen eine hervorragende Argumentationshilfe dar. Sie können die CD gerne kostenlos bei der Geschäftsstelle abholen. Gegen Versandkosten- tattung senden wir sie gerne zu.



„Der Klimawandel steht vor unserer Haustüre, wir sind auch in Mittelfranken schon mitten drin“. Das sagte Martin Stümpfig, beruflich Umweltingenieur und Klimaschutzbeauftragter der Stadt Ansbach, ehrenamtlich aktiv in unserem AK Energie, bei unserer Klimaschutzveranstaltung in Feuchtwangen mit etwa 40 Teilnehmern. Das zeige sich allein schon dadurch, dass elf der letzten zwölf Jahre zu den heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen zählen. Weltweit seien die prognostizierten Folgen dramatisch: Bis zum Jahr 2100 seien bis zu 6,4 Grad Erwärmung zu erwarten, wenn keine Gegenmaßnahmen erfolgen. Der Meeresspiegelanstieg werde in

diesem Fall zwischen 40 cm und 7 Meter erwartet. Die dadurch ausgelösten Flüchtlingsströme seien unfassbar, weil z. B. ein Großteil der Millionenstädte der Südhalbkugel an den hauptbetroffenen Küsten liege. Das Abtauen der arktischen Permafrostböden führe u. a. zu einer ungeheuren Methangasfreisetzung, was die Erwärmung zusätzlich beschleunige. Dass neben gravierenden Auswirkungen auf den Naturhaushalt der Klimawandel am stärksten diejenigen Menschen treffe, die am wenigsten dazu beigetragen haben, verdeutlichte er am Beispiel von Mali. Deutschland muss beispielsweise seinen CO₂-Ausstoß um 70 bis 80 % senken, um auf den von Wissenschaftlern dringend empfohlenen Wert von 2 – 3 t CO₂ pro Erdenbürger zu kommen.

Jeder Einzelne könne und müsse seinen Beitrag leisten, ebenso Industrie und öffentliche Hand. Effektivste Klimaschutzmaßnahme sei meistens die drastische Reduzierung des Gebäude-Wärmebedarfs. Bei Neubauten und Generalsanierungen sollte das „Passivhaus“, dessen Energieverbrauch pro qm unter 1,5 Liter liege, das Ziel sein. Die Mehrkosten bei der Investition amortisierten sich rasch. „Passivhausbesitzer mit Energiekosten von ca. 350 EUR/ Jahr für Wärme und Strom können über steigende Energiepreise nur lächeln“. Wo bei Sanierungen in Teilschritten dieser Standard nicht machbar ist, gebe es eine klare Reihenfolge der Maßnahmen: Zunächst sei die komplette Gebäudehülle einschließlich der Fenster und Türen optimal zu dämmen. Dabei sei auch an die Wärmerückgewinnung und Lüftung mit modernster Haustechnik zu denken („Man kann bei falscher Ausführung ein Haus auch zu Tode dämmen und schafft Schimmelprobleme“). Zweiter Schritt sei die Verbesserung/

Einladung

Jahreshauptversammlung

am Donnerstag, 10. April, um 19.30 Uhr
im Gasthof „Rangau“ in Ansbach- Elpersdorf

Tagesordnung:

1. **Tätigkeitsbericht** des 1. Vorsitzenden
2. **Kassenbericht**
3. **Anträge, Wünsche, Aussprache**
4. **Entlastung** des Vorstandes
5. **Ehrung** langjähriger Mitglieder
6. Vortrag von Helmut Altreuther „**Naturschutz und Naturnutz - die schlechende Veränderung des Naturhaushaltes**“

Wir laden alle Mitglieder und Freunde recht herzlich ein und hoffen auf zahlreichen Besuch.



Vom kalten Altbau zum behaglichen 3- Liter Haus

Die energetische Sanierung von Gebäuden ist eine der wichtigsten Maßnahmen zur Energieeinsparung. Wie aus einem kalten Altbau ein behagliches 3- Liter- Haus wird, erläutert Dipl.- Bauing. (FH) Pia Regner am

Do., 17. April, 20.00 Uhr in Rothenburg, Gasthof „Schrane“

Anhand einer Wohnhaussanierung, bei der 93 % (!) Energieeinsparung erzielt wurde, werden die bautechnischen Grundlagen vermittelt. Die unterschiedlichen Bauteile dienen zur Darstellung der wärmetechnischen Verbesserungsmöglichkeiten. Ebenso wird aufgezeigt, wie neue effiziente Haustechnik zusätzlich den Wohnkomfort verbessern kann und welche gesundheitlichen Aspekte bei der Wohnungssanierung beachtet werden sollten. Weitere Themen sind der zukünftig notwendige Energiepass für Gebäude und die derzeitigen staatlichen Zuschüsse und Darlehen für konsequente Sanierungen.

Energetische Gebäudesanierung - schlagen Sie dem Ölpreis ein Schnippchen

Wie das geht, darüber informieren am

**Mi., 02. April, 19.30 Uhr, in Leutershausen, Gasthaus „Krone“
Dipl.- Ing. Architekt Harald Domscheit und Dipl.- Ing (FH) Jakob Merbach.**

Raus in die Natur

Bald beginnen wieder unsere naturkundlichen Wanderungen. Wir wollen die Lebensräume dann erkunden, wenn sie jahreszeitlich am attraktivsten sind. Die Wanderungen dauern meistens zwei bis vier Stunden, sind familiengerecht konzipiert, meistens besteht abschließend die Möglichkeit zur gemütlichen Einkehr. Bitte beachten Sie die Tageszeitung oder fragen Sie bei der Geschäftsstelle nach; wahrscheinlich ergeben sich noch weitere Exkursionen, die bei Redaktionsschluss noch nicht feststanden.

- So., 13. April** **Biberwanderung in den Erlengrund**
TP.: 14.00 Uhr, Weinberg, Bushaltestelle

- So., 27. April** **Waldbau in Zeiten von Klimawandel und Wildverbiss**
TP.: 14.00 Uhr, Diethofen- Kehlünz, Biegarten „Kappel“

- So., 04. Mai** **Vogelstimmenwandg. am Kappelbuck , danach Gottesd.**
TP.: 7.00 Uhr, Kappelbuck/ Beyerberg, Infopavillon

- Do., 15. Mai** **„Mangel treibt Blüten - Magerwiesen an Taubertalhängen**
TP.: 18.30 Uhr, Bettwar/ Kirche

- So., 18. Mai** **Wanderung zu unseren Sachsbacher Orchideenwiesen**
TP.: 14.00 Uhr, Sachsbach/ Kirche

- Do., 22. Mai** **Orchideenwanderung um Schillingsfürst**
TP.: 18.30 Uhr, Schillingsfürst/ Fischhaus, Parkpl. Freibad

Ansbacher Artenschutzwoche



Die 4. Ansbacher Artenschutzwoche findet vom **07. bis 15. Juni** statt. Unter fachkundiger Leitung von Naturschutzexperten lernen interessierte Menschen bei verschiedenen Touren die Vielfalt, Schönheit und Besonderheiten unserer Landschaft und Natur vor Ort kennen. Das ausführliche Programm liegt bei.

- Do., 19. Juni** **Ökologischer Stadtpaziergang - die Entdeckung geplanter und ungeplanter Pflanzenvielfalt in der Stadt**
TP.: 18.30 Uhr, Ansbach, Gumbertusdenkmal/ Hohenzollr.

- Do., 03. Juli** **Wilde Kinder - wilde Möhren; Exkursion grüner Schulhof**
TP.: 18.30 Uhr, Diethofen, Parkplatz Hauptschule

Klimaschutz gerne - aber wie?

„Der Klimawandel steht vor unserer Haustüre, wir sind auch in Mittelfranken schon mitten drin“. Das sagte Martin Stümpfig, beruflich Umweltingenieur und Klimaschutzbeauftragter der Stadt Ansbach, ehrenamtlich aktiv in unserem AK Energie, bei unserer Klimaschutzveranstaltung in Feuchtwangen mit etwa 40 Teilnehmern. Das zeige sich allein schon dadurch, dass elf der letzten zwölf Jahre zu den heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen zählen. Weltweit seien die prognostizierten Folgen dramatisch: Bis zum Jahr 2100 seien bis zu 6,4 Grad Erwärmung zu erwarten, wenn keine Gegenmaßnahmen erfolgen. Der Meeresspiegelanstieg werde in diesem Fall zwischen 40 cm und 7 Meter erwartet. Die dadurch ausgelösten Flüchtlingsströme seien unfassbar, weil z. B. ein Großteil der Millionenstädte der Südhalbkugel an den hauptbetroffenen Küsten liege. Das Abtauen der arktischen Permafrostböden führe u. a. zu einer ungeheuren Methangasfreisetzung, was die Erwärmung zusätzlich beschleunige. Dass neben gravierenden Auswirkungen auf den Naturhaushalt der Klimawandel am stärksten diejenigen Menschen treffe, die am wenigsten dazu beigetragen haben, verdeutlichte er am Beispiel von Mali. Deutschland muss beispielsweise seinen CO₂-Ausstoß um 70 bis 80 % senken, um auf den von Wissenschaftlern dringend empfohlenen Wert von 2 – 3 t CO₂ pro Erdenbürger zu kommen.

Jeder Einzelne könne und müsse seinen Beitrag leisten, ebenso Industrie und öffentliche Hand. Effektivste Klimaschutzmaßnahme sei meistens die drastische Reduzierung des Gebäude-Wärmebedarfs. Bei Neubauten und Generalsanierungen sollte das „Passivhaus“, dessen Energieverbrauch pro qm unter 1,5 Liter liege, das Ziel sein. Die Mehrkosten bei der Investition amortisierten sich rasch. „Passivhausbesitzer mit Energiekosten von ca. 350 EUR/ Jahr für Wärme und Strom können über steigende Energiepreise nur lächeln“. Wo bei Sanierungen in Teilschritten dieser Standard nicht machbar ist, gebe es eine klare Reihenfolge der Maßnahmen: Zunächst sei die komplette Gebäudehülle einschließlich der Fenster und Türen optimal zu dämmen. Dabei sei auch an die Wärmerückgewinnung und Lüftung mit modernster Haustechnik zu denken („Man kann bei falscher Ausführung ein Haus auch zu Tode dämmen und schafft Schimmelprobleme“). Zweiter Schritt sei die Verbesserung/ Erneuerung der Heizung. Das Verbrennen von 1.000 Liter Heizöl entspreche etwa 3 Tonnen CO₂-Ausstoß und damit ziemlich genau dem „Jahresbudget“ einer Person. Deshalb sollten Öl und Gas möglichst durch regenerative und heimische Energieträger ersetzt werden. Dabei sei in erster Linie an Biomasse zu denken. Der bei Holzheizungen höhere Feinstaubausstoß ist durch die Wahl einer Heizung mit optimalen Verbrennungsbedingungen zu minimieren, machte Stümpfig klar: „Feinstaub kriegen wir technisch in den Griff, CO₂ wird uns Jahrhunderte beschäftigen“. Dritter Schritt sei bei der Warmwasserbereitung und teilweise auch beim Heizen die Solar-Warmwasseranlage. Mit dem zusätzlichen Ausnutzen aller verfügbaren Dachflächen für Photovoltaikzellen könne jedermann auch gewinnbringend zur Steigerung des umweltverträglichen Sonnenstromanteils beitragen. Für all diese Maßnahmen, die

im Übrigen ein ungeheures, arbeitsplatzschaffendes Investitionsvolumen darstellten, gebe es verschiedene staatliche Anreize durch zinsgünstige KfW-Darlehen, Restschulderlass bei hohen Energiestandards, bei manchen Maßnahmen auch direkte Förderung. In jedem Fall sollte der erste Schritt immer eine qualifizierte, ausführungsunabhängige Energieberatung sein, um die richtigen Prioritäten zu setzen.

Auch Ernährung hat viel mit Klimaschutz zu tun: Der Anteil der Landwirtschaft liege weltweit bei rund 17 % der CO₂ Emissionen. Mit dem Kauf von Produkten aus ökologischem Landbau, der im Vergleich zum konventionellen Landbau deutlich weniger Energie verbrauche, von regionalen, saisonabhängigen Produkten und einem Zurückfahren des Fleischkonsums könne auch hier eine Verbesserung eintreten. Er machte dies an einer prägnanten Zahl fest: Für ein Kilogramm Rindfleisch würden (u. a. wegen der Methanproduktion des Wiederkäuermagens) etwa 40 kg CO₂ ausgestoßen – der gleiche Wert wie bei 250 km PKW-Fahrt.

Der Verkehr trage mit etwa 20 % bundesweit zum CO₂-Ausstoß bei. Exorbitant sei in den letzten Jahren dabei der Flugverkehr gestiegen. Von daher ergeben sich die Potenziale fast von selbst: Verzicht auf Flugreisen, Vermeiden von Kurzstreckenfahrten mit dem PKW, Einrichtung einer Mitfahrzentrale zur Bildung von Fahrgemeinschaften, stärkere Gewichtung des ÖPNV. Auch Fahrradfahren und Laufen kann so manche PKW-Fahrt ersetzen.

Eine Kommune hat im Bereich Klimaschutz viel Spielraum, und die durchgeführten Maßnahmen haben eine große Signalwirkung für die Bürger. Die dezentrale Energieerzeugung garantiert eine Wertschöpfung in der Region, schafft Arbeitsplätze und dient dem Klimaschutz. Langfristiges Ziel müsse Energieautarkie in der Region sein. Wenn dies zu 80 oder 90 % erreicht werde, sei schon viel gewonnen.

Helmut Altreuther

Wie kommt der Grünspecht in die Flasche?

Dieser Frage ging kürzlich ein Teil der Aktiven nach, die an unseren Streuobst-Annahmestellen im Herbst fleißig gearbeitet haben. Was sie bei unserem Partnerbetrieb, Hohenloher Fruchtsäfte in Schwäbisch Hall, sahen, war sehr beeindruckend. Geschäftsführer Folker Brand zeigte bei einem Rundgang den Produktionsablauf auf. Die Äpfel aus unseren Annahmen mit strengen Kriterien werden getrennt vom konventionellen Obst in separaten Silos erfasst und verarbeitet. Schon am Eingangsförderband herrscht strenge Qualitätskontrolle: Eine Saisonkraft sortiert ungeeignetes Obst aus. Anschließend gelangen die zuvor gründlich gewaschenen Äpfel mittels einer Förderschnecke zur Obstmühle. Eine Pumpe fördert dann die Maische in die vollautomatische Bandpresse, die stündlich bis zu 13 Tonnen Äpfel verarbeitet. Der frische Saft wird sofort schonend erhitzt, damit er keimfrei wird und sofort wieder heruntergekühlt, um einen höchstmöglichen Teil der Vitamine und anderen Inhaltsstoffe zu erhalten. Dass dies Sinn macht, haben vor Jahren schon elektrolytische Untersuchungen von Prof. Hofmann von der FH Triesdorf gezeigt, bei denen der Grünspecht-Saft einen Spitzenplatz belegte. Die Lagerung erfolgt in bis zu 45.000 Liter fassenden Edelstahltanks. Die Abfüllung in Flaschen erfolgt je nach Bedarf für einen etwa sechswöchigen Auslieferungsvorrat. Die heiß befüllten Flaschen werden sofort nach dem Füllvorgang mit kaltem Wasser berieselt, um den frischen Geschmack des Saftes zu erhalten. Die Etikettiermaschine versieht die Flaschen – es werden ausschließlich Pfandflaschen verwendet – mit dem Grünspecht-Etikett, das dem Verbraucher den Naturschutzzusammenhang des Produktes deutlich macht. Dass ausschließlich Direktsaft - ohne Konzentrat - verwendet wird, versteht sich von selbst. In dem Unternehmen sind etwa 20 MitarbeiterInnen beschäftigt. Die Verkaufsstellen des Grünspechtsaftes erfahren Sie gerne auf unserer Homepage oder bei der Geschäftsstelle.

Helmut Altreuther

500 Besucher bei Percy Schmeiser

Ein übervolles Haus und eine beeindruckende Veranstaltung bescherte uns kürzlich Percy Schmeiser, Träger des Alternativen Nobelpreises und weltweiter Kämpfer gegen die Agro-Gentechnik. Bei seinem einzigen Auftritt in Westmittelfranken während seiner Europa-Tournee im Januar warnte er die Teilnehmer, darunter viele Landwirte, eindringlich vor den unkalkulierbaren Folgen von Gentechnik in der Landwirtschaft. Ein Nebeneinander von GVO-Anbau und gentechnikfreier Landwirtschaft ist dauerhaft nicht möglich. Das musste er schmerzhaft am eigenen Leib erfahren. Wenn die Gentechnik einmal frei gesetzt wurde, ist dies nicht mehr umkehrbar, so der Referent. Zusätzlich zu den Risiken, die die Gentechnik für die Natur bedeutet, sind die Methoden des Saatgutkonzerns Monsanto alles andere als fair zu bezeichnen. Der Bauer aus Kanada wehrt sich gegen die kriminellen Machenschaften des multinationalen Saatgutkonzerns. Er will seinen Beitrag leisten, um das Recht der Bauern auf sauberes Saatgut zu verteidigen und das Recht der Menschen auf gesunde Lebensmittel.

Bedenklich sind auch Pharma-Pflanzen, die lt. Schmeiser ohne ausreichende Abstände in Kanada im Freilandversuch getestet wurden. Percy Schmeiser berichtete weiter über neue Superunkräuter und Unfruchtbarkeit bei Rindern. Besorgniserregend seien auch die unkontrollierten Kreuzungen, die - durch Pollenflug und Insekten verursacht - bisher festgestellt wurden. Damit verbunden kommt es zu riesigen Lizenzgebührenforderungen der Saatguthersteller und Strafen wegen Patentrechtsverletzungen. Die Praxis zeigt, dass die Versprechungen der Agro-Gentechnikfirmen bisher nicht eintrafen. Trotz gegenteiliger Ankündigungen kommt es vermehrt zum Einsatz von Pestiziden, da erste Resistenzen festgestellt werden. Die Ertragssteigerungen in den ersten Anbaujahren hätten in den Folgejahren sehr schwache Ernten zur Folge gehabt. Außerdem steigen die Abhängigkeiten von Saatgutlieferanten bezüglich Dünger und Spritzmittel. Der Konzentrationsprozess in diesem Bereich ist gigantisch. Monsanto, DuPont und andere beherrschen durch Aufkauf von Saatgutzuchtfirmen mittlerweile den Weltmarkt.

Ruinierte Bauern in Dritte-Welt-Ländern, die das Saatgut auf Kredit gekauft hatten, sind vielleicht nur die Vorboten von Entwicklungen für unsere Bauern. Den Zehnt an die Landesherren gibt es nicht mehr, droht eine neue Bedrohung durch Lizenzgebühren? Da nach Umfragen ca. 70% der Verbraucher und Landwirte gegen den Anbau von Gen-Pflanzen sind, bleiben immer noch 30% die es zu überzeugen gilt. Das sind leider noch zu viele. Umso wichtiger ist es, dass das Bündnis im Landkreis Ansbach sich auf breiter Basis aufstellen kann. Erfreulich in diesem Zusammenhang bleibt zu erwähnen, dass nach dem sog. „Braunschweiger Urteil“ (AZ: 2 B 193/07) Landesregierungen durchaus das Recht haben, auf ihrem Gebiet den Anbau z. B. von Genmais MON 810 zu verbieten. Viele weitergehende Informationen finden Sie im Internet, z. B. unter www.gentechnikfreie-regionen.de oder www.buendnis-bayern-gentechnikfrei.de.

Lilly Engelhard, Bündnis gentechnikanbaufreier Landkreis Ansbach

Naturschutz in der Kommunalpolitik

Die bevorstehende Kommunalwahl ist Anlass, an einigen Beispielen den Stellenwert von Naturschutz in der Kommunalpolitik zu beleuchten.

„Geschützter“ Landschaftsbestandteil „Diederstetter Heide“

Das Feuchtgebiet, in dem wir seit über 20 Jahren die sachgerechte Biotoppflege durchführen, beherbergt u. a. Breitblättriges Knabenkraut, Trollblume und Wald-Läusekraut. Die Fläche ist in Eigentum der Gemeinde Mönchsroth und zudem durch eine Verordnung des Landratsamtes als „geschützter Landschaftsbestandteil“ geschützt. Zusätzlich entspricht sie großteils den Kriterien von Art. 13 d BayNatschG – bestens geschützt, sollte man meinen. Realität ist, dass seit Sommer ein Telekom-Funkmast in der Fläche steht, obwohl nach der Verordnung „bauliche Anlagen“ ausdrücklich untersagt sind. Er war ursprünglich dort geplant, wo er hingehört, auf einen vorhandenen Wasserturm am Ortsrand. Weil sich dagegen Widerstand regte – fast alle wollen mit Handy telefonieren, aber viele wollen die notwendige Infrastruktur nicht haben – ging die Gemeinde in der Feldflur auf gemeindeeigenen Flächen auf Standortsuche. Zielsicher landete sie im geschützten Landschaftsbestandteil, dem man die geringste Lobby zuschrieb. Auf Betreiben von Gemeinde und Bürgermeister genehmigte das Landratsamt den Funkmast gegen unseren erbitterten Widerstand entgegen der eigenen Verordnung – die Teilfläche wurde einfach aus dem Geltungsbereich genommen. Im gesamten Landkreis stehen kümmerliche 0,2 % der Fläche unter Naturschutz. Aber selbst hier gilt: Naturschutz ja – aber nur, soweit es „den Fortschritt“ nicht stört. Übrigens: Vom Landratsamt und der kreisfreien Stadt Ansbach wurden bereits seit Jahren keine weiteren Schutzflächen mehr ausgewiesen.

Baumschutz im Ortsbereich

Standortheimische Laubbäume im innerörtlichen Bereich sind ungeheuer wichtig: als Lebensraum für viele Arten, für das Kleinklima, für die Luftreinigung, als Schattenspender, zur Straßenraumgliederung, Wichtig, aber schutzlos: Es gibt keinen rechtlichen Schutz, sofern kein ausgewiesenes Naturdenkmal vorliegt oder die jeweilige Gemeinde eine Baumschutz-Verordnung erlässt, die Bäume bestimmter Art und Größe schützt – es geht v. a. um Altbäume. Es gibt keine einzige Stadt/ Gemeinde im Landkreis, die eine Baumschutzverordnung erlassen hat. Die Stadt Ansbach hat ihre Verordnung vor etwa zehn Jahren aufgehoben. Seither sind Baumfällungen, v. a. der öffentlichen Hand, fast an der Tagesordnung. Der ökologische Verlust ist gewaltig, Ersatz kann allenfalls in vielen Jahrzehnten nachwachsen. Die (noch vorhandenen) Ansbacher Stadtbäume brauchen dringend eine ökologische Stadtratsmehrheit pro Baumschutz.

Photovoltaikanlage in Aurach abgelehnt

Auf dem Hügel der früheren Kreismülledeponie in Aurach besteht die große Chance, mit einer Photovoltaik-Großanlage ein Stück Klimaschutz zu betreiben – ohne zusätzliche Flächen-Inanspruchnahme, finanziert aus Teilen der vorhandenen Millionen-Rücklage. Die CSU-Mehrheit des Zweckverbandes, die sich aus der CSU-Kreistagsmehrheit rekrutiert, hat dies mit fadenscheinigen Argumenten verhindert, während in Fürth und Neustadt solche bestehen.

Kreis-Naturschutzfonds zahnlos gemacht

Es ist ein schwerer Rückschritt für den Naturschutz, dass der Landkreis gemäß dem Willen der CSU-Mehrheit seinen „Naturschutzfonds“ in der Summe (vor 20 Jahren waren es umgerechnet 250.000,- EUR) auf 20.000,- EUR reduziert hat. Ebenso nachteilig ist die inhaltliche „Kastration“: Biotopankäufe, das wirksamste Naturschutzinstrumentarium, werden überhaupt nicht mehr gefördert, bei der Bezuschussung von Biotoppflegemaßnahmen sind Gemeinden jetzt generell ausgenommen. Wir sind einer der wenigen Träger, dem ein Teil der Biotoppflegearbeiten noch gefördert wird. Das hilft uns tatsächlich weiter, ist aber entschieden zu wenig. Wirksamer Naturschutz darf sich nicht auf den Bund Naturschutz allein reduzieren. Die Arbeit muss auf viele Schultern verteilt werden.

Helmut Altreuther